onnerstag, 18. Januar 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 30

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Vor einem Protest an Frankreich wegen des Bochumer Mordes

Die Zechenbesitzer vor das französische Kriegsgericht „befohlen". — Die weiteren „Sanktionspläne".

Drohende Beschlagnahme aller Bergwerke.

Unveränderte Besetzungsgrenze.

Noch keine Beschlagnahme von Eisenbahnwagen.

Die Reichsregierung wird, wie von amtlicher elle berichtet wird, wegen der Ermordung des eutschen Bürgers in Bochum an die fran- fische Regierung eine Protestnote richten.

Nach an Berliner amtlicher Stelle aus dem Ruhrgebiet gelaufenen Meldungen hat die Besetzungsgrenze t gestern abend keine Veränderung erfahren. Die itteilungen von einer Beschlagnahme deutscher isenbahnwagen sind unzutreffend. Es sind der Leerwagen noch beladene Wagen mit Beschlag belegt orden. Drei Truppenzüge von Düsseldorf nach Bochum d angefordert worden. Der französische Ober- oullier, der für den Zwischenfall in Bochum rantwortlich gemacht wurde, ist von seinem Posten ent- nt worden. Auch das Regiment, das bisher in ochum lag, ist abberufen und durch andere Truppen etzt worden.

Der Reichspräsident hat an den Oberbürgermeister Bochum folgendes Telegramm gerichtet: „Gewalttätige Will- r französischer Truppen hat Leben und Blut wehrloser rger Ihrer Stadt gekostet. In tiefer Entrüstung über die un- nschliche Tat bitte ich Sie, den Opfern meine herzliche Teilnahme szusprechen, insbesondere Herrn Lokomotivführer Birve mein auf- chtiges Beileid zum Tode seines ermordeten hoffnungsvollen Sohnes übermitteln. gez. Reichspräsident Ebert." — In Er- nzung einer privaten Sammlung für die Opfer der Bochumer luttat hat der Reichspräsident 100 000 Mark als erste Hilfe dem erbürgermeister von Bochum überwiesen.

ie Kohlenrequisitionen durch die Franzosen.

Die Schiffer wollen die Kohlentransporte einstellen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Essen, 18. Januar.

Die Kohlenrequisitionen in der Rheinschiffahrt durch e französischen Besatzungsbehörden haben im Laufe des heu- gen Tages größeren Umfang angenommen, nachdem stern abend zunächst nur die Kohlenladung eines einzelnen Kahnes quiriert worden war. Im Laufe des Vormittags haben die anzosen **eine ganze Anzahl weiterer Schiffsladungen it Kohlen beschlagnahmt** und den Schiffern auf- geben, sich neue Schiffspapiere ausstellen zu lassen. nach die beladenen Kähne anstatt nach ihrem ursprünglichen Be- mmungsort nach Straßburg gehen sollen. Diese Maßnahme r Franzosen wird unbedingt zum **gänzlichen Stillstand des ohlentransports** auf dem Rhein führen, da sich die Kohlen- rfrachter nicht der Gefahr der Beschlagnahme rer Kohlensendungen aussetzen wollen und shalb **die Kohlenverschiffungen einstellen werden.**

„Ein Streik wird nicht geduldet."

Neue Besprechungen mit den Gewerkschaften.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Essen, 18. Januar.

Hier verlautet, daß als weitere Sanktion die **Beschlagnahme er leeren Güterwagen** sowie der Schleppkähne auf dem hein und dem Rhein-Herne-Kanal erfolgen soll. Ferner ist mit zu rechnen, daß die **Beschlagnahme aller Bergwerke** und ren Kontrolle in Aussicht genommen sei. Auf wesen nderten von Zechen, Anschlußstellen und Güterstationen in n jetzt besetzten Gebiete stehen eine weit größere Zahl als die jetzt ein geforderten und gelieferten 20 000 bis 30 000 leeren Güter- gen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Beschlagnahme dieser agen sofort in größerem Umfange vor sich geht, da die Eisen- hnbeamten dem deutschen Gesetz unterworfen nd und die französischen Eingriffe keinesfalls fördern dürften d werden.

Bis vormittags 11 Uhr ist auch, wie ich höre, noch keinerlei schlagnahme von Privatbergwerken erfolgt. Ebenso sind bei den kalischen Zechen bis zur Stunde keinerlei Schritte seitens der nzösischen Besatzungsbehörde unternommen worden.

Bei den verschiedenen größeren Zechen wird mir auf Anfragen tgeteilt, **daß die Zechen auch heute keinerlei Reparations- hle liefern werden.**

Im Gebäude der Eisenbahndirektion Essen fand eine **nferenz zwischen den Gewerkschaften und Organisationen r Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbahnen d Vertretern der Besatzungsbehörde** statt. Eisenbahnver- ter aus allen Teilen des neubesetzten Gebietes waren erschienen n französischer Oberst hielt eine Ansprache, in der er die rtreter aufforderte, ihre Arbeit ruhig weiter zu ver- richten. Bei der Besatzungsbehörde würden sie „volles Verständ- nis" und, „wenn nötig, Unterstützung" finden. Auf grundsätzliche Einwände über die Rechtlichkeit des französischen Vorgehens er- klärte der Oberst, nicht antworten zu können. Er spreche nur als Soldat. Aus der Versammlung heraus wurde deutscherseits die Frage des Streikrechts angeschnitten. Der französische Vertreter erklärte, daß ein **Streik nicht geduldet und mit Zwangsmaßnahmen unterdrückt würde.**

Amsterdam, 18. Januar. (W. T. B.)

Nach einer Blättermeldung wird der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Fimmen, heute abend nach Berlin ab- reisen.

Das Singen deutscher Lieder verboten.

Auf Befehl der Besatzungsbehörde.

Essen, 18. Januar. (W. T. B.)

Auf Befehl der Besatzungsbehörde ist das Singen nationaler Lieder wie „Die Wacht am Rhein" und das Deutschlandlied verboten worden.

„Ausweisung der deutschen Beamten."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 18. Januar.

In den Pariser Zeitungen wird die Situation im Ruhr- gebiet in folgender Weise geschildert: Auf deutscher Seite wird versucht, Transportschiffe und Eisenbahnwaggons vom Ruhrgebiet abzulenken, um, wenn möglich, den Abtransport von Kohle zu ver- hindern oder doch zu erschweren; die Zechenbesitzer bleiben weiter bei der Weigerung, Kohle zu liefern, da ihnen von der Reichsregierung angedroht worden ist, daß ihr Besitz konfisziert werde, wenn sie nachgeben. (Das ist natürlich eine perfide Unterstellung. Die Red.) In London haben Verhandlungen stattgefunden, die zur Gewährung eines Kredits für die Lieferung englischer Kohle an Deutschland geführt zu haben scheinen, wahrscheinlich gegen Verpfändung von Gruben und Werkstätten in dem Gebiete der jetzt besetzten Zone (?). Auf französischer Seite werden auf den Bahnhöfen und Häfen die Kohlentransporte abgelenkt, die vorgestern etwa über 6000 Tonnen Kohle und Koks nach Frankreich brachten; eine Bilanz von gestern fehlt noch. **Gegen die „widerspenstigen" Zechenbesitzer ist Klage vor dem Kriegsgericht erhoben worden; sie sind aber nicht in Haft genommen worden.** Die Kohlensteuer wird sofort er- hoben werden, zunächst in Papiermark, und später nach der Einführung eines gesicherten (!) Moratoriums zum Teil in frem- den Devisen, mit Zustimmung der italienischen Regierung sollen sogleich die linksrheinischen Staats- forsten mit Beschlag belegt und für die Reparationen aus- genutzt werden. Einige englische Ingenieure sind im Ruhrgebiet angekommen und nehmen an unserer Arbeit teil. (?!) **Nachdem die neue Verfehlung der Reichs- regierung durch die Reparationskommission festgestellt worden ist und der Widerstand der Deutschen sich verschärft hat, ist eine Reihe von Sanktionen in Aussicht genommen, unter denen vorläufig zu nennen ist: Die Konfiskation der staatlichen Gruben, die Ausweisung der preußischen Beamten, Beschlagnahme aller Steuern sowie Einführung einer Zollgrenze."**

„Wenn die Reichsregierung den Wirtschaftskrieg will, so soll sie ihn haben," fügt der „Matin" diesen Beispielen hinzu. Der Ton der Regierungspresse ist energisch und drohend. Die Zweifel und Be- denken, die gestern in einigen Blättern zum Ausdruck gekommen sind, werden heute, wahrscheinlich auf Anordnung der Regierung, unter- drückt. Das Eintreffen des Reichskohlenkommissars in Essen wird von einigen Zeitungen als Zeichen für den Ver- handlungswillen der Reichsregierung gedeutet. (Diese Auslegung ist darum schon gegenstandslos, weil sie sich auf eine Falschmeldung stützt. Der Reichskohlenkommissar weilt ununterbrochen in Berlin und hat auch keinen Vertreter nach Essen entsandt. Daß die deutsche Regierung sich zu Sonderverhandlungen mit Frankreich oder Belgien niemals bereit finden wird, so lange noch fremde Truppen auf deutschem Boden stehen — dabei bleibt es, wenn es die Pariser Presse auch nicht wahrhaben will. Die Redaktion.) Pertinax drückt im „Echo de Paris" einige Zweifel in dieser Beziehung aus. Die **militärischen Operationen** sind nach Mitteilung des „Petit Parisien" **offiziell beendet,** und General Degoutte hat den üblichen Dankesbefehl erlassen. Einige Zeitungen glauben, daß **die Besetzung vorläufig in Lünen stehen bleibt, unter Umstän- den später aber noch durch die „Eroberung" von Hamm und Münster ergänzt werden könnte.** Besetzt ist nach den hier veröffentlichten Karten das ganze Grubengebiet. Die Franzosen können die Kohlenzufuhr nach dem übrigen Deutschland abschneiden. Diesem Vorteile stehen nach einem weiteren Berichte zwei Nachteile gegenüber. 1. Die Be- satzungsarmee und die Reichswehr sind einander an manchen Stellen so nahe, daß mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen ist; 2. Die Bevölkerung in den Städten, besonders in Dortmund, beginnt unter dem Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln zu leiden. Die französischen Generäle fürchten die Folgen einer Ausbreitung der Arbeits- losigkeit.

Französische Illusionen.

Wer die französische Presse in diesen Tagen aufmerksam verfolgt, erkennt überall das Bestreben, dem französischen Publikum Mut zuzusprechen angesichts der unübersehbaren Ausdehnung, die das Ruhrabenteuer in den wenigen Tagen bereits angenommen hat. Der „Matin" überschreibt sein gestriges Stimmungsbild mit den Worten „Deutschland ent- mutigt, scheint begierig, die Verhandlungen wieder aufzu- nehmen". Er läßt sich aus London melden, daß die Aus- dehnung der französischen Okkupation eine vollkommene Ent- mutigung bei allen Bevölkerungsschichten Deutschlands her- vorgerufen habe, und daß aus offiziösen Erklärungen wie aus Presseäußerungen hervorgehe, Deutschland falle um und möchte gern wieder in Verhandlungen eintreten. In dieselbe Richtung weisen die heute früh von uns veröffentlichten Mel- dungen der gestrigen Pariser Abendblätter, in denen namentlich die Lage der Berliner Gas- und Elektrizitätswerke in den düstersten Farben gemalt und der Berliner Oberbürgermeister als Kronzeuge der französischen Auffassung zitiert wird. Und den gleichen Zweck verfolgt die in der französischen Presse verbreitete Lüge, daß der Reichskohlenkommissar zu Verhandlungen in Essen eingetroffen sei, der in Wahrheit Berlin nicht verlassen hat.

In einem außerordentlichen Mißverhältnis zu dieser blühenden Phantasie steht das beredte Schweigen der franzö- sischen Presse über die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet. Die sehr ernste und deutliche Warnung, die der Düsseldorfer Regierungspräsident Dr. Grützner in seinem Schreiben an den französischen Oberdelegierten er- lassen hat, wird hoffentlich Beachtung finden. Es wäre viel- leicht zweckmäßig, wenn die französische Presse statt ihrer Tendenzmeldungen über Berlin und das Reich lieber die nüchternen Zahlen dieses Dokuments ihren Lesern mitteilen wollte. Dr. Grützner stellt fest, daß die wirtschaftliche Situa- tion, daß insbesondere die Ernährungslage im Okkupations- gebiet vollkommen ungeklärt ist. Der Lohn er Bergarbeiter beträgt täglich über zwei Milliarden Mark. Wer wird ihn bezahlen? Die Lebensmittelvorräte im be- setzten Gebiet sind geringfügig. Die Preise schnellen infolge der Okkupation von Tag zu Tag in die Höhe. Die scharfen Eingriffe der Besatzungsbehörden in Lebensmittel- und Futtermittelversorgung vergrößern diese Schwierigkeiten. Eine „Abschnürung" des besetzten Gebietes von dem unbesetzten Deutschland würde von verhängnisvoller Wirkung sein, zu- mal das Industriegebiet mit Kartoffeln aus dem Osten Deutschlands versorgt wird. Auch der Reichsernährungs- minister Dr. Luther hat in seiner gestrigen Aussprache mit den Führern der Gewerkschaften auf die völlige Unkenntnis hingewiesen, die anscheinend bei den offiziellen französischen Stellen über die Ernährungslage im Ruhrgebiet herrscht.

Die Maßnahmen, die von französischer Seite im Laufe des heutigen Tages getroffen sind, lassen nicht erkennen, daß diese Lage irgendwie berücksichtigt wird. Nachdem gestern der Befehl zur Ausbeutung der deutschen Staatswälder auf dem linken Rheinufer erteilt worden ist, hat man nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten mit den Kohlenrequisitionen auf dem Rhein heute begonnen. Eine Anzahl Schiffsladungen mit Kohlen wurde beschlagnahmt. Den Schiffern wurde auf- gegeben, sich neue Schiffspapiere zu beschaffen, auf Grund deren sie die Kohlen nach Straßburg zu befördern hätten. Sollten diese Maßnahmen wirklich durchgeführt werden, so ist ihre Folge klar: die vollkommene Einstellung des Kohlentransports zu Wasser, da sich kein Verfrachter der Gefahr der Beschlagnahme seiner Kohlen aussetzen wird. Es bleibt daher abzuwarten, in welcher Weise von den franzö- sischen Generalen die schwierige Aufgabe, mit Hilfe von Bajo- netten Kohle zu fördern, zu sortieren und zu versenden, gelöst werden wird.

Welche Zwangsmaßregeln gegen die Zechenbesitzer ergriffen werden, die dem deutschen Gesetz gehorchen und die Befehle des fremden Eroberers zurückweisen, steht ebenfalls noch nicht fest. Die französische Presse erklärt, daß die Widerspenstigen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Heute vormittag verlautet in Essen, daß bereits Vorladungen ergangen sind. Sollte sich die Nachricht bewahr- heiten, dann würden wir also eine „friedliche Aktion" haben, deren friedlicher Charakter durch Militärgerichte noch be- sonders unterstrichen wird.

In den deutschen Parlamenten, im Reichstag wie Landtag, ist gestern die Invasion, die mit Raub und Mord beginnt, in ihrer wahren Beschaffenheit nochmals vor aller Welt ge- kennzeichnet worden. Ihr gegenüber kann die Haltung Deutschlands, aller amtlichen wie aller privaten Stellen nur dieselbe sein, die bisher eingenommen worden ist: Ablehnung jeder Mitwirkung an diesem Rechts- und Vertragsbruch, diesem „internationalen Verbrechen", wie es in einer offiziellen Kundgebung der zweitgrößten Partei Englands genannt worden ist. Daß die Lage bei uns ernst ist, daß Währungs- katastrophe, Kohlenmangel, Nahrungsmittelsorgen schwere Gefahren bedeuten, wissen wir selbst. Darüber brauchen wir von Paris aus nicht belehrt zu werden. Aber ebenso genau wissen wir, und darüber scheint man sich in Frankreich einigen Illusionen hinzugeben, daß in allen Schichten des Volkes, bei Arbeitgebern und bei Arbeitern, bei Produzenten und bei Konsumenten der feste Wille besteht, diese Schwierig- keiten zu überwinden. Das eine Gute hat Poincarés